



WERTEKOMMISSION

Globalisierung als politische Gestaltungsaufgabe

„Die CDU versteht die Globalisierung nicht als blindes Schicksal oder Schreckgespenst der Fremdbestimmung, sondern als ordnungspolitische Gestaltungsaufgabe“, sagte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel in einem Pressegespräch.

Anlass dafür war die Vorstellung des Papiers „Globalisierung – Herausforderung an die politische Handlungsfähigkeit“, dass die CDU-Wertekommission erarbeitet hat. Ihr Vorsitzender Christoph Böhr betonte bei der Präsentation die ungeheuren

INHALT

EVP-ED-Fraktion
Hans-Gert Pöttering als
Fraktionsvorsitzender
bestätigt

Seite 3

Dokumentation
Beschluss des Bundes-
fachausschusses
Sicherheitspolitik

Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Erste Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik (Seite 4) ■ Angela Merkel: Aufstand des Gewissens (Seite 5-6) ■ Analyse von Friedrich Merz: 1,3 Millionen Arbeitsplätze verloren (Seite 7) ■ Bremen – 25jährige Dienstjubiläum für Bernd Neumann (Seite 8) ■ Dank an Hartmut Perschau (Seite 8) ■ Laurenz Meyer besucht Hospiz (Seite 9) ■ EU-Agrarreform – Langes Verhandeln hat sich gelohnt (Seite 10) ■ Thüringen: Dieter Althaus wieder gewählt (Seite 11) ■ EVP-ED und SPE einig bei Parlamentspräsidentenwahl (Seite 11) ■ Paziorek: Emissionshandel bedarf weiterer Regeln (Seite 12) ■ Hintze: Triumph der Stabilität (Seite 12) ■ Böhmer: Ausbau der Kinderbetreuung ungenügend (Seite 13) ■ Eichhorn: Familienministerin macht Gesetze auf Kosten der Kommunen (Seite 14) ■ Kaupa: Gesellschaft trägt Verantwortung für Jugendliche (Seite 15)

► Chancen der Globalisierung, beispielsweise im weltweiten Kampf gegen die Armut.

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel verwies darauf, dass im Zuge der Globalisierung das Modell der Sozialen Marktwirtschaft eine internationale Stärkung erfahre. Denn die „Global player“ müssten westliche Standards auch in den Entwicklungsländern anwenden, wollten sie ihre Absatzchancen nicht gefährden. Auf diese Weise würden die Unternehmen zur Humanisierung von Arbeitsbedingungen beitragen, erklärte Merkel. In diesem Zusammenhang forderte die CDU-Vorsitzende die Europäer auf, ihre positiven Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft „selbstbewusst“ in den Diskussionsprozess mit den USA einzubringen.

Der Vorsitzende der CDU-Wertekommission unterstrich die Bedeutung der Globalisierung für die weltweite Durchsetzung der Menschen- und Freiheitsrechte. Dies mache deutlich, dass der Prozess der Globali-

sierung über eine rein ökonomische Dimension weit hinaus reiche, versicherte Böhr. Im Kern gehe es um die Frage, welches Menschenbild Universalität erlangen solle.

Angesichts des universalen Anspruchs des islamistischen Fundamentalismus ließ Böhr keinen Zweifel daran, dass das christliche Menschenbild diese Auseinandersetzung selbstbewußt bestreiten werde. Denn das christliche Menschenbild entspreche den „originären Interessen“ des Menschen auf Wahrung seiner „Integrität“. Der CDU-Politiker stellte zudem klar, dass sich dieser Konflikt „mit Konsens-Sauce“ nicht lösen lasse. Diese Auseinandersetzung müsse dazu führen, dass sich der Islam der Idee der Menschenrechte und ihrer Universalität öffne.

HINWEIS

Das komplette Papier der Wertekommission zum Thema Globalisierung erscheint im nächsten UI-D.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

EVP/ED-FRAKTION

Hans-Gert Pöttering als Fraktionsvorsitzender bestätigt

Hans-Gert Pöttering ist mit 96% der Stimmen als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) und europäischer Demokraten (EVP-ED-Fraktion) im Europäischen Parlament für weitere zweieinhalb Jahre bis zur Hälfte der Legislaturperiode (Dezember 2006) wiedergewählt worden.

„Ich freue mich über das große Vertrauen, das mir die Fraktion heute erneut ausgesprochen hat. Die Fraktion ist stark und mit großer Geschlossenheit aus den Europawahlen hervorgegangen und ich werde alles tun, damit wir unsere politischen Ziele im Europäischen Parlament effizient vertreten. Zu Beginn dieser Legislaturperiode wird es eine persönliche Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden sein, die Interessen großer und kleiner nationaler Delegationen in der Fraktion zusammenzuführen und die Abgeordneten aus den der Union neu beigetretenen Ländern in die Fraktion zu integrieren, damit diese ihre politischen Aufgaben im Europäischen Parlament unverzüglich wahrnehmen kön-



Hans-Gert Pöttering

nen. Einheit und Vielfalt – diese Begriffe umschreiben unsere politische Aufgabe,“ erklärte Hans-Gert Pöttering nach seiner Wiederwahl:

Die erste große politische Aufgabe der Fraktion werde die Wahl von José Manuel Barroso zum neuen Präsidenten der Kommission am 22. Juli im Europäischen Parlament sein. Die EVP konnte bei den Staats- und Regierungschefs Barroso als ihren Kandidaten durchsetzen. Dies entsprach einer seit langem von Pöttering erhobenen Forderung, dass das Ergebnis der Europawahl, in Übereinstimmung mit der neuen Verfassung, sich bei der Besetzung des Amtes des Kommissionspräsidenten widerspiegeln müsse.

Pöttering leitet die EVP-ED-Fraktion seit der Europawahl im Juli 1999. Aus dieser Wahl war die EVP-ED-Fraktion erstmals in der Geschichte des direkt gewählten Europäischen Parlaments (seit 1979) als mit Abstand größte Fraktion mit damals 232 Abgeordneten aus 15 Ländern hervorgegangen. Dieses gute Ergebnis wurde in der Europawahl vom 13. Juni dieses Jahres bestätigt. Die EVP-ED-Fraktion, die sich am 12. Juli neu konstituiert hat, zählt jetzt 268 Mitglieder*). Sie ist damit erneut größte Fraktion im Europäischen Parlament und hat Mitglieder aus allen 25 Staaten der EU.

Gleichzeitig hat die EVP-ED-Fraktion ihre stellvertretenden Vorsitzenden, einschließlich Schatzmeister, gewählt: Othmar KARAS, Österreich, als Schatzmeister; Joao de Deus PINHEIRO, Portugal; Ville ITÄLÄ, Finnland; Marianne THYSSEN, Belgien; József SZAJER, Ungarn; Jaime MAYOR OREJA, Spanien; Lorenzo CESA, Italien; Françoise GROSSETETE, Frankreich; Timothy KIRKHOPE, Vereinigtes Königreich.

Erste Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik

Knapp einen Monat nach der Europawahl hat der Bundeswahlleiter eine erste Analyse zum Wahlverhalten bei der Europawahl in Deutschland nach Geschlecht, nach Altersgruppen sowie nach der Struktur der Wähler und Nichtwähler vorgelegt.

Die Repräsentative Wahlstatistik liefert erste Hinweise zum Briefwähleranteil bei der Europawahl 2004: Der Anteil der Wahlscheinwähler – das sind ganz überwiegend Briefwähler – lag mit rund 17,7% um 1 Prozentpunkt höher als 1999. Die geringe Wahlbeteiligung von insgesamt 43,0% bei der Europawahl 2004 lag bei den jüngeren Wählern noch deutlich niedriger: So ging von den unter 35-Jährigen nur etwa ein Drittel (32,5%) zur Wahl. Die Wahlbeteiligung der jungen Männer von 21 bis unter 25 Jahren war mit 29,6% am geringsten. Die über 60-Jährigen stellten mit 33,2% der Wahlberechtigten ein beträchtliches Wählerpotenzial. Ihrer mit knapp 51% (1999: 55,3%) überdurchschnittlichen Wahlbeteili-

gung ist es zu verdanken, dass die Wahlbeteiligung insgesamt nicht noch niedriger war.

Ältere Wähler bevorzugen große Parteien

Bei der Stimmabgabe zeigen sich deutliche Unterschiede nach Geschlecht und Altersgruppen: Ältere Wähler bevorzugten überdurchschnittlich oft die großen Parteien. So haben 77,5% der Wähler ab 60 Jahren den Unionsparteien oder der SPD ihre Stimme gegeben, gegenüber einem Anteil von 57,1% für diese Parteien bei den jüngsten Wählern zwischen 18 und 24 Jahren. Die über 60-jährigen Frauen stimmten mit 52,7% für die Unionsparteien und mit 25,6% für die SPD. Die größten unterschiedlichen Parteipräferenzen nach Altersgruppen gab es bei den Wählern der GRÜNEN: Für sie entschieden sich nur 3,9% der Wähler über 60 Jahren, aber 17,1% der Wähler von 18 bis 25 Jahren und sogar

20,0% der Wähler von 35 bis 45 Jahren. Bei den Frauen zwischen 35 und 45 Jahren erzielten die GRÜNEN den größten Stimmenanteil mit 22,0% der Stimmen.

Gegenüber der Europawahl 1999 zeigen sich in allen Altersgruppen Gewinne bei den kleineren Parteien (insbesondere bei den „Sons-tigen“), am deutlichsten in den beiden jüngsten Altersklassen: Bei den 18- bis 24-Jährigen erreichten die GRÜNEN fast 7 Prozentpunkte und die FDP über 4 Prozentpunkte mehr als 1999. Die PDS erreichte in den neuen Ländern hohe Stimmanteile in allen Altersgruppen: bei den Männern über 60 Jahre mehr als 30%, bei den Frauen und Männern ab 45 Jahren jeweils über 25%. In allen Altersgruppen erzielte die PDS bei Männern und Frauen dort höhere Anteile als die SPD.

Ausführliche Informationen zum Thema Wahlstatistik unter <http://www.bundeswahlleiter.de>



Angela Merkel:

Aufstand des Gewissens

„Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben zu geben.“

Dieses Zitat von Generalmajor Henning v. Tresckow bleibt als Vermächtnis jener, die aus dem Bewusstsein christlicher Verantwortung den Kampf gegen die Tyrannei Hitlers und des „Dritten Reiches“ führten, erhalten. Von Tresckow gehörte zu den Männern des 20. Juli 1944, deren Attentat auf Hitler sich in diesen Tagen zum sechzigsten Mal jährt. Das Scheitern ihres mutigen Vorhabens, ihr moralischer Selbstbehauptungswille und die aufrechte Verteidigung der Menschenwürde wurde mit allen Mitteln der Diffamierung und mit grausamer Rache durch das nationalsozialistische Regime verfolgt und bestraft.

Der Widerstand gegen Hitler wurde von Frauen und Männern verschiedener politischer Richtungen getragen, die unterschiedlichen sozialen Schichten angehörten. Dazu gehörten der Kreis um Carl Goerdeler ebenso wie der „Kreisauer Kreis“ mit dem späteren Bundestagspräsidenten Eu-



gen Gerstenmeier und die christlichen und freien Gewerkschaften. Dass ihre Taten erfolglos blieben, schmälert ihre vorbildliche Einstellung und Haltung in keiner Weise.

Die Symbolkraft dieses Gedenktages ist für uns nachgeborene Generationen eine stete Herausforderung. „Zum Handeln gehört wesentlich Charakter, und ein Mensch von Charakter ist ein verständiger Mensch, der als solcher bestimmte Ziele vor Augen hat und diese mit Festigkeit verfolgt.“ Diese Erkenntnis von Georg Wilhelm Hegel verdeutlicht, wie entscheidend es für uns ist, uns jenseits von Pragmatismus, der in der Politik durchaus erforderlich ist, an unveräußerlichen Grundwerten zu orientieren und aus Überzeugung zu handeln.

Das gilt besonders für alle, die Verantwortung tragen und in Politik und Gesellschaft Entscheidungen zu fällen haben, die für viele Menschen Folgen haben.

Für die CDU Deutschlands wird der 20. Juli immer ein ganz besonderer Tag sein. Denn zu ihren wichtigsten geistigen und politischen Wurzeln gehört der christlich motivierte Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime. Eugen Gerstenmaier hat einmal gesagt, „die Konstituierung der CDU hat in den Gefängnissen von Tegel begonnen“. Nach dem Attentatsversuch am 20. Juli 1944 waren im Rahmen der „Aktion Gewitter“ von der Gestapo tausende von christlich-demokratischen Politikern und Gewerkschaftern verhaftet worden.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wurde also von Menschen gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den schrecklichen Verbrechen der Nationalsozialisten und angesichts des kommunistischen Herrschaftsanspruchs nach 1945 die Zukunft Deutschlands mit einer christlich gepräg-

ten, überkonfessionellen Volkspartei gestalten wollten. Die Bundeskanzler Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, der ehemalige Bundestagspräsident Hermann Ehlers, dessen 100. Geburtstag wir kürzlich gedacht haben, und der erste Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Karl Arnold haben gemeinsam mit vielen anderen die CDU geprägt und eine christlich demokratische Tradition in Deutschland begründet. Auf der Grundlage gemeinsamer Wertüberzeugungen haben sich die Mitglieder der CDU ihrer Verantwortung gestellt und wichtige politische Grundentscheidungen im freien Teil Deutschlands durchgesetzt – für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale Marktwirtschaft und die Einbindung der Bundesrepublik

Deutschland in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.

Der 20. Juli ist aber nicht nur für die CDU von großer Bedeutung. Er sollte in unserer ganzen Gesellschaft einen besonderen Stellenwert haben. Erinnert er uns doch zugleich an zweierlei: An die furchtbaren Verbrechen, die in deutschem Namen begangen wurden und an den Aufstand des Gewissens von Deutschen, die unserem Land einen Neuanfang als geachtetes Mitglied der Völkerfamilie ermöglichen wollten.

Der 20. Juli ist aber nicht nur ein Tag des Gedenkens an glücklicherweise schon lange überwundene historische Ereignisse. Wir sollten das Opfer der Widerstandskämpfer achten und ehren, in dem wir uns vor Augen

führen, dass Freiheit und Menschenrechte immer in Gefahr sind und immer aufs Neue verteidigt und erkämpft werden müssen. Das „Dritte Reich“ war trotz des Scheiterns des 20. Juli 1944 bald darauf untergegangen. Aber für die Deutschen in der Sowjetisch Besetzten Zone und spätere DDR wurde schnell klar, dass durch Demokratie und Menschenrechte nicht automatisch wieder hergestellt waren.

Heute leben alle Deutschen in rechtsstaatlicher Demokratie. Wir sollten aber auch am Anfang des 21. Jahrhunderts niemals vergessen, dass unser Wertesystem Feinde hat, die es bedrohen. Unsere Demokratie muss wehrhaft bleiben, damit niemand mehr in die furchtbare Zwangslage der Männer des 20. Juli kommt.

HINTERGRUND: DER 20. JULI 1944

Die Ereignisse vom 20. Juli 1944 bilden den umfangreichsten Widerstand von Deutschen gegen das Regime Adolf Hitlers in der Zeit des Nationalsozialismus. Die Beteiligten der Verschwörung stammen aus vielen Schichten der Bevölkerung und hatten vielfältige Kontakte zum Kreisauer

Kreis um Helmuth James Graf von Moltke. Unter den 200 nach der Erhebung Hingerichteten sind 19 Generale, 26 Obersten, zwei Botschafter, sieben Diplomaten, ein Minister, drei Staatssekretäre sowie der Chef der Reichskriminalpolizei; des weiteren mehrere Oberpräsidenten, Polizei-

präsidenten und Regierungpräsidenten. Zum Ausgangspunkt des Machtwechsels wurde ein Mordanschlag auf Hitler gemacht. Die von Claus Schenk von Stauffenberg platzierte Bombe tötete Hitler jedoch nicht. Diese Tatsache brachte den gesamten Plan zum Scheitern.

1,3 Millionen Arbeitsplätze verloren

Am 6. Juli sind die Arbeitsmarktdaten für den Monat Juni 2004 veröffentlicht worden. Wie immer konzentriert sich der Blick der Öffentlichkeit auf den Bestand der Arbeitslosen am Ende des Monats.

Mit 4,23 Millionen verzeichnen wir die höchste Arbeitslosigkeit in einem Monat Juni seit der Wiedervereinigung. Sie wäre noch um 62.000 höher, wenn die Arbeitslosenstatistik noch so geführt würde, wie im letzten Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt im Übrigen pro Jahr um etwa 200.000 bis 250.000 allein aus demografischen Gründen.

Das wahre Ausmaß der strukturellen Krise des deutschen Arbeitsmarktes kommt daher sehr viel deutlicher in den Beschäftigtenzahlen zum Ausdruck. In Abgrenzung zu den Erwerbstätigen werden als Beschäftigte diejenigen bezeichnet, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben. Die Beschäftigtenstatistik läuft der Arbeitslosenstatistik um zwei Monate nach. Deshalb stehen uns gegenwärtig nur die Aprilzahlen des Jahres 2004 zur Verfügung. Danach sind in Deutschland nur noch 26,36 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig



Friedrich Merz

beschäftigt. Das entspricht einer Beschäftigungsquote an der Gesamtbevölkerung von etwas über 32 Prozent.

Die Beschäftigtenquote ist zudem in den letzten zwei Jahren dramatisch gesunken. Von Februar 2001 bis April 2004 ist die Zahl der Beschäftigten in Deutschland um 1,3 Millionen zurückgegangen. Die Folgen treffen auch die öffentlichen Haushalte. Als Faustregel kann gelten: 100.000 Beschäftigte weni-

ger belasten die Haushalte des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit mit Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen von rund 2 1/2 Milliarden Euro. Knapp 600 Millionen Euro an Mindereinnahmen treffen dabei die Sozialversicherungen. Der „Schaden“ für den öffentlichen Gesamthaushalt aus 1,3 Millionen verlorenen Beschäftigungsverhältnissen beläuft sich also auf rund 32 Milliarden Euro, davon 25 Milliarden Euro für die öffentlichen Haushalte und 7 Milliarden Euro für die Sozialversicherungsträger. Aus diesem Grund weist die CDU immer wieder auf die Beschäftigtenzahl hin und deren Auswirkung auf die öffentlichen Haushalte. Umgekehrt gilt: Nur wer die Beschäftigtenkrise löst, löst die strukturelle Überforderungskrise der öffentlichen Haushalte.

HINTERGRUND

100.000 Arbeitslosengeldempfänger weniger reduzieren die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) um 1,4 Milliarden Euro. 100.000 Beschäftigte mehr führen – einen durchschnittlichen Jahresarbeitslohn von 27.316 Euro unterstellt – zu Mehreinnahmen von insge-

samt 1,06 Mrd. Euro (477 Millionen Euro durch Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag, 584 Millionen Euro durch Sozialversicherungsbeiträge). Dabei sind die Mindereinnahmen der Sozialversicherungsträger durch den Wegfall des Arbeitslosengeldes bereits berücksichtigt.

BREMEN

25jähriges Dienstjubiläum für Bernd Neumann

Seit nun mehr 25 Jahren steht Bernd Neumann an der Spitze des kleinsten christdemokratischen Landesverbandes. Mit einem Sommerfest feierte die CDU Bremen am vergangenen Sonntag dieses herausragende Jubiläum. 700 Gäste freuten sich zusammen mit zahlreichen Wegbegleitern und Freunden über dieses Ereignis. Zuletzt war Neumann im Mai dieses Jahres mit 95,9 % der Stimmen wieder gewählt worden.

Genau seit dem 11. Juli 1979 führt Neumann die Bremer CDU. „In dieser Zeit habe ich Höhen und Tiefen erlebt“, erklärte der Bundestagsabgeordnete und stell-



Bernd Neumann

vertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Medienpolitik. Ein Höhepunkt sei die Bildung der Großen Koalition im Jahr 1995 gewesen, ein Tiefpunkt das Debakel bei der Bürgerschaftswahl 1987 mit 23,4 Prozent. Besonders stolz ist Neu-

mann über die bereits neun Jahre währende Regierungsbeteiligung der CDU in Bremen und die erfolgreiche Arbeit in der Großen Koalition.

Unter den Gratulanten auf dem Sommerfest befanden sich neben dem Bürgerschaftspräsidenten Christian Weber und Bürgermeister Henning Scherf (beide SPD) auch die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Angela Merkel. „Bernd Neumann hat sich immer mit großem Engagement für die CDU eingesetzt. Wir brauchen viele Mitstreiter mit solcher Tatkraft“, sagte Merkel an die Adresse des Jubilanten.

BREMER BÜRGERSCHAFTSFRAKTION: DANK AN HARTMUT PERSCHAU

Den Rücktritt von Hartmut Perschau, Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Häfen und Kultur, haben die Mitglieder der CDU-Bürgerschaftsfraktion mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen.

Der Fraktionsvorsitzende Jörg Kastendiek spricht Hartmut Perschau seinen Dank für die viele Jahre zu-

verlässig und verantwortungsbewusst geleistete Arbeit für Bremen und Bremerhaven aus. Kaum ein anderer hat die Bremer Finanz- und Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren so entscheidend und positiv geprägt wie Hartmut Perschau. Kastendiek: „Wir wissen, dass er sich diesen Entschluss nicht leicht gemacht

hat. Zum Wohle seiner Familie und aus Rücksicht auf seine persönliche Gesundheit hielt Perschau diesen Schritt aber für unumgänglich. Die Entscheidung Perschaus müssen wir daher respektieren, auch wenn wir ihn gern weiter als den Vertreter der Bremer CDU im Senat gesehen und unterstützt hätten.“

Laurenz Meyer besucht Hospiz

Besuch im Lazarus-Hospiz in Berlin-Wedding. Generalsekretär Laurenz Meyer informiert sich zweieinhalb Stunden lang über die Einrichtung, die sich um Patienten in ihrer letzten Lebensphase kümmert. 16 Plätze gebe es hier, erklärt Hospizleiter Uwe Bahlo, das schaffe eine familiäre Atmosphäre. „Seit der Eröffnung vor fünf Jahren haben wir hier mehr als 750 schwerstkranke Menschen bis zu ihrem Tod begleitet“. Im Durchschnitt blieben die Patienten 30 Tage im Lazarus-Hospiz, viele jedoch kürzer. Die Arbeit leisteten etwa 25 hauptamtliche Mitarbeiter, die für die Pflege und die medizinische Versorgung zuständig sind. Viele ehrenamtliche Helfer übernehmen Aufgaben in der psychosozialen Betreuung.

Uwe Bahlo, der Pfarrer und Direktor der Diakoniestiftung Lazarus Reinhard Stawinski sowie Mitarbeiter aus der christlichen Seelsorge und dem Pflegedienst führten Laurenz Meyer durch die hellen Räume des Hospizes. Die blumenreiche Terrasse gehört ebenso zum Rundgang wie der Wohnzimmerbereich mit Ledersofas und Tischecke, das „Wohl-



fühlbad“, dessen Decke sich mit Lichtstrahlern in einen funkelnden Sternenhimmel verwandeln lässt, und der Raum der Stille, in dem die Mitarbeiter Ruhe und Besinnung finden können. „Hier soll es so wenig wie möglich nach Krankenhaus aussehen“, sagt Stawinski. „Wir wollen die Lebensqualität der Sterbenden verbessern, dazu gehört auch ein wohnliches Ambiente“. Diesem Ziel dienen auch die Kernelemente der Hospiz-Arbeit – lindernde Pflege, Schmerztherapie und persönliche Zuwendung zu den Kranken und Angehörigen. Es gehe darum, ein „Leben im Sterben“ zu ermöglichen.

Ein Pflichttermin ist der Besuch für Meyer nicht. Wie Menschen einen würdigen

Tod finden können – diese Frage beschäftigt ihn seit langem persönlich und politisch. „Ich bin seit meiner Zeit in Nordrhein-Westfalen sensibilisiert für dieses Thema. Da haben sich Menschen aus Holland in Altenheimen in NRW angemeldet – aus Angst, weil dort die Sterbehilfe-Regeln liberaler sind“. Es gehe in diesem Beispiel – wie auch bei vielen Fragen der Bioethik – letztlich um die „Verfügbarkeit des menschlichen Lebens“. Dabei werde zugleich deutlich, wie bedeutend und unterstützenswert die Hospiz-Arbeit sei. Laurenz Meyer betonte, dass zahlreiche Hospizeinrichtungen in Deutschland von ehrenamtlicher Unterstützung und Spenden abhängig sind.

ERFOLG BEI DER UMSETZUNG DER EU-AGRARREFORM

Langes Verhandeln hat sich gelohnt

Zufrieden mit dem Erreichten im Vermittlungsverfahren zur nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zeigt sich der Agrarexperte und Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses für Agrarpolitik Peter Bleser:

„Es freut mich außerordentlich, dass die CDU geschlossen die Position der CDU-geführten Bundesländer weitgehend durchsetzen konnte. Diese Position entspricht auch der des Bundesfachausschusses, in dem wir uns im Vorfeld frühzeitig abgestimmt hatten. Damit werden die nachteiligen Auswirkungen der von der Bundesregierung beschlossenen Umsetzung der GAP-Reform zu Gunsten der weiter wirtschaftenden Betriebe erheblich abgemildert.“

Mit dem in nervenaufreibenden Sitzungen erzielten Ergebnis des Vermittlungsverfahrens stehen nun endlich die nationalen Regelungen fest, nach denen die Entkopplung, als Kernthema der EU-Beschlüsse, umgesetzt wird. In Zukunft können Landwirte ihre Produktion nach rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausrichten und haben damit ein



Peter Bleser

Großteil ihrer unternehmerischen Freiheit zurück gewonnen. Die Prämienzahlungen sind an eine Vielzahl an Auflagen und Dokumentationen im Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz gebunden. Der CDU ist es im Vermittlungsausschuss gelungen, das hierfür von der Regierung geplante bürokratische Verwaltungsmonstrum zu verhindern.

Als wichtigstes Verhandlungsergebnis wertet Bleser, dass nun der Absenkungsprozess bei den Prämienzahlungen erst nach der Halbzeitbewertung der Reform im Jahr 2009 beginnen wird. 2010 werden 10% der Prämie nach dem Regionalmodell ausgezahlt, in den beiden darauf folgenden Jahren schmelzen die Betriebsprämien auf 70% bzw. 40%.

Ab 2013 wird dann nach dem Regionalmodell für alle Kulturen eine einheitliche Flächenprämie gezahlt.

Die Rot-Grüne Regierungskoalition hatte eine Absenkung der Prämien bereits für 2007 vorgesehen. Das Ergebnis ist daher ein klarer Erfolg der CDU für die deutschen Landwirte. Strukturbrüche und Umverteilungen, besonders für Bullenmäster und die Milchviehbetriebe, werden deutlich abgemildert. „Der Entwurf Künasts hätte viele dieser Betriebe in den Ruin getrieben.“, ist sich auch der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter-Harry Carstensen, sicher.

Zwar nicht verhindert, aber auf das Jahr 2009 verschoben wurde, auf Verlangen der CDU, das Hangflächenkataster. „Jeder spricht vom Bürokratieabbau, aber Frau Künast möchte dieses bürokratische Monstrum als weitere Grundlage für Bewirtschaftungsauflagen zusätzlich einführen. Vollkommen überflüssig!“, so Bleser.

THÜRINGEN

Dieter Althaus wieder gewählt

Thüringen hat eine neue Landesregierung. Knapp vier Wochen nach der Landtagswahl vom 13. Juni ist Dieter Althaus erneut zum Ministerpräsidenten des Freistaats gewählt worden.

Für den alten und neuen Ministerpräsidenten stimmen 45 Abgeordnete, was exakt der Mitgliederzahl der CDU-Fraktion entspricht. Im Erfurter Landtag hat die CDU mit 45 von 88 Sitzen eine knappe absolute Mehrheit. Die PDS hat jetzt 28, die SPD nur noch 15 Sitze.

Nach seiner Vereidigung kündigte Althaus in einer Rede die Fortsetzung des Sparkurses und Anstrengungen für Ausbildungs- und Arbeitsplätze an. „Stillstand können und wollen wir uns nicht erlauben.“ Als schwierige Themen der nächsten Wochen nannte er die Vorbereitung des Nachtrags-



Dieter Althaus

haushaltes und des Etats 2005. Es gehe darum, trotz der gebotenen Einsparungen möglichst viele Gestaltungsspielräume zu erhalten. Dabei müsse in dieser Legislaturperiode konsequent die Neuverschuldung zurückgefahren werden. „Mein Ziel bleibt ein ausgeglichener Haushalt“, betonte das Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands.

Dieter Althaus holt drei neue Minister in die Regierungsmannschaft. Neuer

Kultusminister wird der CDU-Landtagsabgeordnete Jens Goebel, Bundesarbeitsrichter Harald Schliemann wird Justizminister, und Staatskanzleichef Gerold Wucherpfennig Europaminister. Wissenschaft und Kunst wird mit Kultus zu einem Großressort. Neu ist auch ein Ministerium für Bau und Verkehr, das der bisherige Innenminister Andreas Trautvetter leitet. Sein Nachfolger wird Justizminister Karl Heinz Gasser. Stellvertretende Ministerpräsidentin ist Finanzministerin Birgit Diezel.

Mit breiter Mehrheit zur neuen Parlamentspräsidentin gewählt wurde die frühere Wissenschaftsministerin Dagmar Schipanski. Sie tritt die Nachfolge von Christine Lieberknecht an, die mit Beginn der neuen Legislaturperiode Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion ist.

EVP-ED UND SPE EINIG BEI PARLAMENTSPRÄSIDENTENWAHL

Die EVP-ED-Fraktion und die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament haben heute ein „Agreement of Understanding“ unterzeichnet, in dem sie sich für die Legislaturperiode 2004-

2009 gegenseitige Unterstützung für die Wahl des Parlamentspräsidenten zusagen. Die SPE-Fraktion wird ihren Kandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten für die erste

Hälfte der Legislaturperiode benennen, die EVP-ED-Fraktion für die zweite Hälfte. Die EVP-ED-Fraktion wird ihre Kandidaten vor Ablauf der ersten Legislaturhälfte benennen.

Emissionshandel bedarf weiterer Regeln

Anlässlich des Einspruchs des Bundesrates gegen das Zuteilungsgesetz:

Das Gesetz ist voller handwerklicher und rechtlicher Mängel. Rot-Grün ignoriert die Bedenken der Union zum Emissionshandel. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es eine Vielzahl rechtlicher Klagen geben wird.

Bis Mitte August müssen die am Emissionshandel teilnehmenden Unternehmen ihre Zuteilungsanträge stellen und das, obwohl noch Detailregelungen durch Rechtsverordnungen geregelt werden müssen. Die Zuteilung der Emissionsberechtigungen soll bis zum 30. September vorgenommen werden. Ob die dafür neu geschaffene deutsche Emissionshandelsstelle organisatorisch in der Lage ist, muss sich noch herausstellen.

Daneben gibt es in vielen weiteren Punkten, die für eine sinnvolle Umsetzung des Emissionshandels notwendig sind, noch Regelungsbedarf.

Auch für die flexiblen Mechanismen Clean Development Mechanism und



Peter Paziorek

Joint Implementation, die den Unternehmen eine kostengünstigere Umsetzung des Emissionshandels ermöglichen, fehlt jegliche Regelung. Bisher ist sogar unklar, ob diese zu Beginn des Emissionshandels zum 1. Januar 2005 überhaupt zur Verfügung stehen.

Das Eigenlob von Rot-Grün ist vor diesem Hintergrund vollkommen unangebracht. Hier heißt es, in der Sommerpause nachsitzen.

Peter Paziorek ist der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Peter Hintze

hat nun schwarz auf weiß vom höchsten europäischen Gericht bescheinigt bekommen, dass er den Stabilitäts пакт gebrochen und die Regeln zu seiner Einhaltung manipuliert hat. Jetzt muss die Bundesregierung alles dafür tun, damit sie so schnell wie möglich in den Kreis der Rechtstreuen zurückkehrt.

Das Urteil ist ein gutes Signal für die Stabilität der gemeinsamen Währung. Mit seinem Urteil hat der EuGH klargestellt, dass die Einhaltung des Defizitverfahrens dem Gutdünken der Finanzminister entzogen ist. Zugleich trägt das Urteil in hohem Maße zur Rechtssicherheit bei und klärt abschließend das institutionelle Gleichgewicht zwischen Kommission und Rat.

Peter Hintze ist der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Triumph der Stabilität

Zur Entscheidung des EuGH zum Stabilitäts- und Wachstumspakt:

Der EuGH hat mit dem heutigen Urteil Stabilitätsgeschichte geschrieben. Bundesfinanzminister Eichel

Ausbau der Kinderbetreuung ungenügend

Zum Kabinettsbeschluss zum Ausbau der Kinderbetreuung für die unter dreijährigen Kinder:

Ziel muss es sein, bundesweit zu einem bedarfsgerechten, flächendeckenden Kinderbetreuungsangebot zu kommen, das nicht nur die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit erlaubt, sondern auch die frühe Bildung der Kinder fördert. Hinter diesem Ziel bleibt der Gesetzentwurf der Bundesregierung sowohl qualitativ als auch quantitativ meilenweit zurück.

Bundesfamilienministerin Renate Schmidt will das Angebot von Betreuungsplätzen für die unter Dreijährigen in den alten Bundesländern verfünffachen, d. h. von heute knapp 3 auf 15 Prozent. Damit bleibt sie hinter ihrem eigenen Anspruch, bis zum Jahr 2010 das Angebot auf 20 Prozent aufzustocken, deutlich zurück. In den neuen Ländern gibt sich Renate Schmidt mit dem derzeitigen Stand von 37 Prozent zufrieden, unabhängig davon, ob etwa in den Städten ein größeres Angebot benötigt wird.

Auch können nicht alle Eltern von dem Angebot Gebrauch machen: „Bedarfsgerecht“ bedeutet nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, dass Kinder von berufstätigen Eltern und Alleinerziehenden sowie Kinder mit einem besonderen Förderbedarf bevorzugt betreut werden. Das Angebot muss jedoch für die Kinder aller Eltern gelten.

Auch qualitativ bleibt der Gesetzentwurf hinter den ursprünglichen Absichten zurück; der Anspruch auf eine frühe Förderung der Kinder bleibt auf der Strecke. Dabei haben internationale Studien wie PISA und IGLU gezeigt, dass Deutschland erheblichen Reformbedarf im Bereich Bildung und Erziehung hat. Um diese Defizite zu beheben, müssen Kinder früher und intensiver gefördert und gefordert werden. Dies gilt insbesondere für die Erziehung und Bildung vor Eintritt in die Schule.

Auch die Finanzierung ist nach wie vor ungewiss. Noch Ende April hatte Bundesfamilienministerin Renate Schmidt im Bundestagsausschuss erklärt, dass sie das Gesetz nur dann in den Bundestag einbringen wolle, wenn die Finanzierung gesichert sei. Wider besseres Wissen bringt sie nun ein



Maria Böhmer

Gesetz auf den Weg, das auf tönernen Füßen steht. Denn die Kommunen haben der Bundesregierung immer wieder versichert, dass sie die von ihnen errechneten Mehrausgaben in Höhe von 2,5 Mrd. €, und nicht – wie von der Bundesregierung veranschlagt – von 1,5 Mrd. €, angesichts ihrer prekären Finanzsituation nicht schultern können. Die angebliche finanzielle Entlastung der Kommunen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist ein rot-grüner Wunschtraum. Wir brauchen endlich eine Reform der Gemeindefinanzen, die die Kommunen in die Lage versetzt, die Betreuung für Kinder qualitativ und quantitativ zu verbessern. Die Kommunen haben bereits erhebliche Anstrengungen unternommen. Und wenn sie im Rahmen der verfügbaren Mittel Prioritäten für die Kinderbetreuung set-

zen müssen, dann bleiben womöglich andere Maßnahmen, wie die Renovierung von Schwimmbädern oder die Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen, auf der Strecke. Das Nachsehen hätten wieder einmal die Kinder.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat vor der Sommerpause einen Antrag zum Ausbau der Kinderbetreuung im Deutschen Bundestag mit folgenden Eckpunkten eingebracht:

Für die Betreuung der unter dreijährigen Kinder muss vor allem die Tagespflege dem Bedarf der Eltern entsprechend qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. Für Kinder von drei bis sechs Jahren müssen die vorschulischen Bildungsmöglichkeiten gefördert werden. Deshalb fordern wir ein kostenfreies drittes Kindergartenjahr für Eltern mit zwei und mehr Kindern. Ziel ist es auch, dass die Einschulung mit sechs Jahren zur Regel wird. Ebenso wichtig ist eine Reform der Ausbildung der Erzieher/innen.

Grundsatz aller Maßnahmen ist die Wahlfreiheit der Eltern. Voraussetzung dafür sind bedarfsgerechte Angebote sowohl in Tageseinrichtungen als auch in der Tagespflege.

Maria Böhmer ist die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Familienministerin macht Gesetze auf Kosten der Kommunen

Anlässlich der Verabschiedung des Tagesausbaugesetzes im Kabinett:

Familienministerin Ulla Schmidt bürdet den Kommunen mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz den Ausbau der Kinderbetreuung auf, ohne eine dauerhafte und verlässliche Finanzierungsgrundlage zu schaffen. Noch vor wenigen Wochen hatte Frau Schmidt im Ausschuss beteuert, dass sie das Gesetz nur dann vorlegen werde, wenn die Finanzierung gesichert sei. Das ist nicht der Fall. Denn die 1,5 Mrd. Euro, die Frau Schmidt aus dem Vermittlungsergebnis zu Hartz IV für Kinderbetreuung verwenden will, werden dringend benötigt, um die Kosten für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe aufzufangen und das kommunale Finanzdefizit abzubauen.

Gleichzeitig übernimmt der Bund selbst immer weniger Verantwortung für die



Maria Eichhorn

Förderung von Familien. Dies wird durch den Haushaltsentwurf für das Jahr 2005 eindeutig belegt: der Etat des Bundesfamilienministeriums weist die stärksten Kürzungen unter allen Ministerien auf und sinkt um 4,4 Prozent oder 211 Millionen Euro.

Zugleich hat sich Familienministerin Schmidt von ihrem Ziel der Wahlfreiheit für Eltern verabschiedet. Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen, werden von der Bundesregierung in doppelter Weise bestraft: Der bedarfsgerechte Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten geht an ihnen weitestgehend vorbei. Gleichzeitig erhalten Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen, im nächsten Jahr erneut weniger Erziehungsgeld.

Die mit dem neuen Gesetz angestrebten Entlastungen der Kommunen um 200 Millionen Euro durch Ein-

sparungen in anderen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits im vergangenen Jahr einen Gesetzentwurf für eine umfassende Novellierung der Kinder- und Jugendhilfe vorgelegt, der von der rot-grünen Bundesregierung blockiert wurde.

Renate Schmidt fordert die Kommunen auf, ihren Pflichten zur Kinderbetreuung nachzukommen. Ich fordere Renate Schmidt auf, sich gegen die starken Kürzungen in ihrem Ressort zur Wehr zu setzen und für eine angemessene Förderung von Familien zu sorgen.

Maria Eichhorn ist die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Gesellschaft trägt Verantwortung für Jugendliche

Zur Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates gegen die Einführung einer Sondersteuer auf Alkopops durch den Deutschen Bundestag:

Der unzulässige Konsum von Alkopops durch Jugendliche unter 18 Jahren und die Bekämpfung dieses Problems durch Erhebung einer



Gerlinde Kaupa

Sondersteuer auf diese alkoholischen Mischgetränke ist Ausdruck der Situation in unserer Gesellschaft. Diese scheint nicht mehr in der Lage zu sein, verantwortungsbewusst zu handeln und ihr auferlegte Pflichten und Regeln einzuhalten. Gesetze, gesetzliche Beschränkungen und Selbstverpflichtungen für Spirituosenindustrie, Verantwortung der Eltern für ihre Kinder – dies alles tritt bei der Erhebung der Sondersteuer in den Hintergrund und alle gesellschaftlichen Gruppen erhalten einen Freibrief, sich aus ihrem Verantwortungsbereich zurückzuziehen. Wieder einmal heißt das Motto: Der Staat wird es schon richten! Doch wir dürfen jedem einzelnen seine gesellschaftlichen Pflichten nicht abnehmen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher in ihrem Antrag die gesellschaftlichen Gruppen in die

Pflicht genommen. Die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes durch den Getränkehandel und die Gastronomie, keine Alkopops an unter 18jährige abzugeben sowie die rigorose Überwachung des Jugendschutzgesetzes durch die kommunalen Ordnungsämter wie auch die Verpflichtung der Spirituosenindustrie, diese Mischgetränke durch eine spezielle Kennzeichnung und einen Warnhinweis auszuzeichnen, wird der Verantwortung unserer Kinder und Jugendlichen gegenüber gerecht. Die Erhebung einer Sondersteuer blendet hingegen die gesellschaftliche Verantwortung aus und kann somit auch nicht wirksam zum Ziel führen, den Konsum von Alkopops bei unter 18jährigen einzudämmen.

Gerlinde Kaupa ist die Drogenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

KURZ NOTIERT

Die SPD kommt nicht aus dem Umfragetief. Nach einer Forsa-Erhebung würden nur noch 23 Prozent der Deutschen die Sozialdemokraten wählen. Damit verliert die SPD in dieser Umfrage einen Prozentpunkt gegenüber der Vorwoche. Die Union gewinnt einen Prozentpunkt und kommt auf 46 Prozent.

Hartmut Schauerte:

Mittelstand hofft auf mutige Reformpolitik

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und Gastgeber Hartmut Schauerte, mittelstandspolitische Sprecher der Unionsbundestagsfraktion, eröffneten auch in diesem Jahr gemeinsam das Sommerfest des PKM.

Über 1.500 Gäste konnte der Gastgeber und Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Hartmut Schauerte, in diesem Jahr zum traditionellen Sommerfest begrüßen, unter ihnen Mittelständler aus ganz Deutschland, Handwerker, Verbandsvertreter, Journalisten und zahlreiche Unions-Politiker, wie CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer, den JU-Vorsitzende Philipp Missfelder, der MIT-Vorsitzenden Peter Rauen und viele Kolleginnen und Kolle-

gen der Bundestagsfraktion. An einem der wenigen fußballfreien Abende während der EM beging man gleich ein doppeltes Jubiläum: Das „Sommerbiwak“ wurde 30 Jahre alt und setzte nun schon zum 5. Mal seine langjährige Bonner Tradition erfolgreich „Unter den Linden“ Berlins fort, wo man zu einer festen Größe im politischen und gesellschaftlichen Leben zählt.

Auch wenn der Mittelstand nach fast sechs Jahren rot-grüner Politikverantwortung im Bund nicht zum feiern zu mute ist, nutzen die Gäste die gesellige Atmosphäre zum Gedankenaustausch in lockerer Runde. Hartmut Schauerte warnte in seiner Begrüßung eindringlich vor Stillstand oder Rückschritten und sicherte



Angela Merkel

der Partei- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Angela Merkel die volle Unterstützung des Unions-Mittelstands für eine mutige Reformpolitik zu: „Wir sind bereit – für eine bessere Politik und eine bessere Regierung!“

Seinen besonderen Dank richtete der PKM-Vorsitzende an über 40 Sponsoren, ohne die das Sommer-Biwak nicht möglich gewesen wäre. Nur durch die großzügige Unterstützung und den vielfältigen Einsatz der Sponsoren und ihrer Mitarbeiter konnten die Gäste des PKM erneut aus einem großzügigen Angebot an Köstlichkeiten probieren. Nicht zuletzt dadurch wurde das diesjährige Sommerfest wieder einmal zu einem hervorragenden Beispiel für die Leistungskraft von Wirtschaft und Mittelstand in Deutschland.



Hartmut Schauerte begrüßt die Ehrengäste



Jetzt im 10er Pack!

CDU-Baseballcap

Bestell-Nummer: **9656**

Preis je 10 Stück: **27,00 €**

inkl. MwSt.: 31,32 €



RESTPOSTEN!

CDU-Scooter

inkl. Rucksack

Bestell-Nummer: **9673**

Preis je 1 Stück: ~~29,00 €~~ **12,92 €**

inkl. MwSt.: ~~29,00 €~~ **14,99 €**



CDU-Regenschirm

Bestell-Nummer: **9658**

Preis je 1 Stück: **7,70 €**

inkl. MwSt.: 8,93 €



Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz inkl. einer Ballpumpe.

Bestell-Nummer: **9823**

Preis je 20 Stück: ~~16,99 €~~ **25,88 €**

inkl. MwSt.: ~~122,96 €~~ **29,99 €**



RESTPOSTEN!

Windbreaker „CDU“

100% Nylon, dunkelblau, Futterstoff dunkelblau: 65% Polyester, 35% Baumwolle. Ausstattung: Vorder und Taschenreissverschluss, Bündchenregulierung durch Zugband, mit Stopper und integrierter Kapuze.

Größe L: Bestell-Nummer: **9840**

Größe XL: Bestell-Nummer: **9841**

Größe XXL: Bestell-Nummer: **9842**

Preis je Windbreaker: ~~28,99 €~~ **12,80 €**

inkl. MwSt.: ~~32,48 €~~ **14,85 €**



Flaschenöffner

Bestell-Nummer: **9835**
 Preis je **10 Stück: 8,80 €**
 inkl. MwSt.: 10,21 €



Fahrradflasche

Bestell-Nummer: **9872**
 Preis je 4 Stück: **9,00 €**
 inkl. MwSt.: 10,44 €



Rollenbandmaß (2 m)

Bestell-Nummer: **9834**
 Preis je 5 Stück: ~~10,00 €~~ **7,00 €**
 inkl. MwSt.: ~~10,40 €~~ **8,12 €**

Fahrradtasche

Mit separatem Umhängegurt.

Bestell-Nummer: **9871**
 Preis je 1 Stück: ~~5,80 €~~ **4,80 €**
 inkl. MwSt.: ~~6,73 €~~ **5,57 €**



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

RESTPOSTEN!

CDU-Seemannsrucksack

blau Bestell-Nummer: **9661**
gelb Best.-Nr.: **9662**
Preis je 1 Stück: ~~14,90 €~~ **10,00 Euro**
inkl. MwSt.: ~~20,18 €~~ **11,60 Euro**



RESTPOSTEN!

Reflektorenarmband für Hand- und Fußgelenk

Bei Sport und Spiel ein nützlicher Begleiter für die Straße

Bestell-Nummer: **9740**
Preis je 12 Stück: **12,00 €**
inkl. MwSt.: 13,92 €



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de